

Bern



Herbst, bist du schon da?
Obst ist heuer 14 Tage früher reif als sonst, sagt Niklaus Haldi. 23

Grossanlass mit gewissem Konfliktpotenzial

Heute beginnt in der unteren Altstadt die achte Ausgabe des Strassenmusik-Festivals Buskers. Die Veranstalter erwarten zwischen 60 000 und 80 000 Besucherinnen und Besucher. Da gibt es im Vorfeld einiges zu bedenken und zu klären.

Andrea Mantel

«Wir unterstützen das Buskers und finden ein solches Festival super», sagt Stefanie Anliker, Präsidentin des Leist der unteren Stadt. «Doch im letzten Jahr wurde vermehrt mit Verstärker musiziert. Dies war für die Anwohner nicht mehr tragbar.» Es seien dementsprechend viele Reklamationen eingegangen, und man habe vonseiten des Leists schriftlich bei der Festivaleitung Meldung gemacht. «Wir hoffen, dass in diesem Jahr wieder die feinen Töne im Vordergrund stehen – so wie man es von Strassenmusik erwartet.» Denn ein solch friedliches Fest sei durchaus unterstützungswürdig, betont Anliker.

Zu laut oder zu leise?

Der Lärmaspekt ist auch Christine Wyss vom Buskers bekannt. «Wir können es leider nicht allen recht machen», sagt sie. «Im letzten Jahr hatten wir auf der anderen Seite Anregungen vom Publikum, welches eine Verstärkung für einige akustische Gruppen forderte.» Denn bei einer grossen Publikumsmenge sei akustische Musik in den hinteren Reihen kaum mehr hörbar. Bei zu lauten Bands aber ist es laut Wyss an der Tagesordnung, dass die Lautstärke durch die Organisation auch mal zurückgenommen wird. Und sie findet: «Da wir lediglich bis 24 Uhr draussen Musik machen, finden wir die Lärmbelastungen absolut vertretbar.» Das Publikum könne aus einem breiten Programm von lauter bis leiser Musik jeweils das Passende aussuchen. «Es hat für jeden etwas.» Heuer habe man wegen der Zytglogge-Baustelle die lauter Bands eher im oberen Gebiet der Altstadt platziert, die akustischen dementsprechend weiter unten. So sei es vom Leist im letzten Jahr auch vorgeschlagen worden. «Und für einige Menschen ist ein bestimmter Musikstil a priori Lärm – solche Empfindungen können wir nicht ändern.»

Expansion nicht in Sicht

Unter anderem wegen der breiten Angebotspalette sind in den vergangenen Jahren die Publikumszahlen stetig gestiegen (siehe Box). Im Rekordjahr 2009 sprachen die Veranstalter von 80 000 bis 100 000 Menschen während der drei Festivaltage. Ein Durchkommen war auch im vergangenen Jahr schwierig – insbesondere am Freitag und am Samstag. «Da wir die Altstadt nicht absperren, haben wir keine Regulierungsmöglichkeit», sagt Wyss. «Wir hoffen auf eine selbstständige Regulierung.» Es seien jedoch vermehrt erhöhte Bühnen oder Zuschauertribünen errichtet worden, damit auch bei grossem Publikumsaufmarsch eine gute Sicht auf die Darbietungen gewährleistet sei.

Eine Perimeterausdehnung, um dem Publikumsaufmarsch Herr zu werden, sei aktuell nicht geplant. «Für eine Expansion müssten wir ein massiv höhe-



Heuer könnte es hier eng werden. Konzert am Buskers-Festival unter dem Zytglogge. Foto: Valérie Chételat (Archiv)

res Budget zur Verfügung haben, die komplette Organisation professionalisieren, und und und. Es würde enorm viel mit sich ziehen», sagt Wyss. «Zudem wäre etwa der Charme eines Schaufensters als Konzerthintergrund nicht der gleiche wie der eines Münstereneingangs.» Einzig denkbar wäre ein Einbezug von Post-, Junkern- oder Gerechtigkeitsgasse oder die Ausdehnung auf vier Festivaltage, «doch konkret geplant ist nichts».

Friedliches Publikum

Ebenfalls nicht geplant sind Massnahmen wegen Strafdelikten oder Gewaltausschreitungen. Alljährlich wird das Buskers als sehr friedliches Festival propagiert, was von verschiedenen Quellen bestätigt wird. Marc Heeb, Leiter der Gewerpelizei, meint etwa: «Wir haben

an einem Buskers-Festival noch nie spezielle Vorkommnisse verzeichnen müssen. Und auch die Anzahl der Besucher ist für uns nicht problematisch.» Da in der unteren Altstadt mehrere Ausweichmöglichkeiten bestünden, habe das Buskers gegenüber etwa einem Matifest bessere Voraussetzungen, was die Sicherheitsaspekte anbelange.

Hindernis Zytglogge-Baustelle

Auch Anliker bestätigt, dass das Buskers-Publikum «friedlich und nicht randalierfreudig» sei. Bei der Stadtpolizei kann man keine konkreten Auskünfte erteilen. «Wir können Gewaltdelikte oder Diebstähle nicht explizit bestimmten Anlässen zuordnen», sagt Florie Marion. «Und wir wollen auch nicht das Publikum eines bestimmten Anlasses mit dem eines anderen vergleichen.»

Die Zytglogge-Baustelle, welche in diesem Jahr den westlichen Zugang zum Festival beeinträchtigt, wird weder vonseiten der Festivalorganisation noch von der Gewerpelizei als Problem angesehen. «Links und rechts neben der Baustelle ist ein Durchkommen nach wie vor möglich», sagt Wyss. «Zudem weisen wir im Programmheft darauf hin, dass die Besucher das Festival vom Bärengaben her begehen sollen.» Auch sei der «Spielplatz» Nummer 3 verschoben worden (siehe Box). Marc Heeb von der Gewerpelizei erklärt, dass gemeinsam mit den Blaulichtorganisationen vorgängig bei der Baustelle Beobachtungen gemacht wurden. «Wir sind zum Schluss gekommen, dass es beim Zytglogge einen Engpass für die Besucher geben kann. Aber eine Gefahrenquelle ist die aktuelle Situation nicht.»

Zahlen und Infos zum Buskers

- Heuer findet das Buskers zum 8. Mal statt. Bereits die 1. Ausgabe im Jahre 2004 konnte um die 40 000 Besucherinnen und Besucher verzeichnen.
- Die Anzahl Festivalgänger ist stetig gestiegen. Als Rekordjahr wird von den Veranstaltern 2009 genannt. Damals besuchten zwischen 80 000 und 100 000 Menschen das Strassenmusikfest in der unteren Altstadt. Ansonsten waren es jeweils zwischen 50 000 und 70 000 Besucher und Besucherinnen.
- Wegen der Zytglogge-Baustelle wird empfohlen, das Festival vom Bärengaben her zu begehen. Zudem wurde der «Spielplatz» 3 vom Kornhausplatz auf den benachbarten Schmiedenplatz verlegt. (man)
- Infos: www.buskersbern.ch

Linksgrüne wollen Bettelverbot auf der Grossen Schanze bekämpfen

Die Benutzungsordnung für die Grosse Schanze beinhaltet auch ein Bettelverbot. Das Grüne Bündnis will ein solches Verbot ein für alle Mal ausschliessen.

Bernhard Ott

Der Benutzungsordnung auf der Grossen Schanze fehlt laut Bundesgericht die rechtliche Grundlage («Bund» von gestern). Die Richter in Lausanne hiessen die Beschwerde einer Frau gut, die ihre Busse wegen Urinierens in einem Gebüsch der Anlage anfocht. Gemäss Bundesgericht handelt es sich bei der Grossen Schanze trotz der komplexen Eigentumsverhältnisse um einen öffentlichen Raum, der von der Allgemeinheit benutzt wird. Mit einem richterlichen Verbot könne diese Nutzung nicht eingeschränkt werden. Der Entscheid hat zur Folge, dass nun eine politische Instanz

die Parkordnung der Grossen Schanze erlassen muss. «Ich gehe davon aus, dass je nach Zuständigkeit eventuell der Gemeinderat oder der Regierungsrat dies auf dem Verordnungsweg regeln kann», sagt Vizestadtschreiberin Christa Hostettler. «Dies muss der Stadtrat per Reglement entscheiden», sagt demgegenüber Daniel Kettiger, der Anwalt der Beschwerdeführerin. Gemäss dem Bundesgerichtsentscheid sei es nämlich Sache der Gemeinde, den Gemeindegebrauch des öffentlichen Raumes zu regeln.

«Eingriff in die Grundrechte»

Die Benutzungsordnung für die Grosse Schanze ist auf dem Internet nicht einsehbar. Ein Blick auf die Schilder vor Ort macht klar, dass die Ordnung auch relativ weitgehende Eingriffe wie zum Beispiel ein Verbot «übermässigen Alkoholkonsums» oder ein Bettelverbot beinhaltet. Die Einführung eines Bettelverbotes in der Innenstadt ist bis anhin von der rot-grünen Mehrheit im Stadtparlament

erfolgreich bekämpft worden. Einzig beim Bahnhofreglement, das schliesslich vom Volk gutgeheissen wurde, hiess die SP das Bettelverbot gut.

Die Fraktion GB/JA jedoch hat sich bisher in jedem Fall gegen ein Bettelverbot ausgesprochen. Co-Fraktionschef Hasim Sancar hatte bis anhin gar keine Kenntnis vom Bettelverbot auf der Grossen Schanze. «Es geht nicht an, einen derart schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte per richterlichem Erlass stillschweigend zu deklarieren.» Dieses Vorgehen sei «nicht korrekt». Für die neue Parkordnung brauche es ein Reglement, das vom Stadtrat erlassen werde. Der Gemeinderat könne das nicht auf dem Verordnungsweg erledigen. «Sonst könnte der Gemeinderat ja in der ganzen Stadt ein Bettelverbot verhängen.» Sancar reicht nächste Woche im Stadtrat einen Vorstoss ein, in dem er vom Gemeinderat Auskunft über die Entstehungsgeschichte des Bettelverbotes auf der Grossen Schanze verlangt. Auch

Stadträtin Lea Bill (JA) verlangt eine «demokratische Legitimation» der Parkordnung auf der Grossen Schanze durch den Stadtrat. Reglementierungen im öffentlichen Raum seien «grundsätzlich heikel» und könnten deshalb «erst recht nicht» durch eine gemeinderätliche Verordnung geregelt werden, sagt Bill.

Die SP wiederum stösst sich nicht nur am Bettelverbot, sondern auch am Velofahrverbot. «Beim Kinderspielplatz auf der Grossen Schanze könnten viele Kinder das Velo fahren lernen.» Eine neue Benutzungsordnung müsse «benutzerfreundlich» sein, sagt Co-Präsident Thomas Götting. Er möchte es eher dem Gemeinderat überlassen, die neue Parkordnung zu erlassen. Dem Stadtrat sei es ja unbenommen, auf politischem Weg Einfluss zu nehmen, sagt Götting.

«So unvermeidlich wie lächerlich»

Bei der Einführung eines Bettelverbotes im Bahnhof Bern vor vier Jahren hatte der Gemeinderat nicht eine Verordnung

verabschiedet, sondern ein Reglement ausarbeiten lassen, da ein Bettelverbot «gewisse Grundrechte berühren könnte», wie die Stadtregierung damals im Vortrag an den Stadtrat festhielt. «Gewisse Leute erachten Betteln halt als ein Grundrecht», sagt FDP-Präsidentin Dolores Dana. Daher sei es wohl unvermeidlich, dass der Stadtrat die Benutzung der Grossen Schanze reglementieren werde. «Dieses Vorgehen ist so unvermeidlich wie lächerlich», sagt die Juristin. Aus Sicht der FDP gebe es im Sozialstaat Schweiz nämlich keinen Grund zum Betteln. Die Bettetelei sei dem Image der Stadt Bern abträglich, sagt Dana.

Wie viele Leute seit dem Erlass der Benutzungsordnung im Jahr 2006 gebüsst wurden, kann man bei der Eigentümerin Grosse Schanze AG nicht sagen. Es habe sich aber um «Bagatellfälle» gehandelt, sagt Geschäftsführer Hans Wirz. Von einer Anzeige wegen Bettetelei habe er in den letzten Jahren nie Kenntnis erhalten.